

**39. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU
am 10. Mai 2002 in Würzburg**

**Theologisches Abendgespräch
„Spürsinn für Gerechtigkeitslücken?! –
Der Beitrag der Kirchen in der Gerechtigkeitsdiskussion“**

Dr. Günther Beckstein (Bayerischer Staatsminister des Innern)

Sehr geehrter Herr Bischof Huber,
sehr geehrter Herr Dr. Friedrich,
meine Damen und Herren,

ich freue mich sehr, dass ich heute zu Ihnen sprechen darf, auch wenn mir das Thema auf den ersten Blick fast „unevangelisch“ vorgekommen ist. Ich selber habe gelernt, dass wir Evangelischen nicht durch das Gestalten von Gerechtigkeit geheiligt werden, sondern allein durch Gottes Gnade. Ich war deshalb zunächst etwas skeptisch.

Für mich ist die Frage nach der Gerechtigkeit wirklich eine in die Tiefe gehende Thematik. Es ist meine feste Überzeugung, dass wir unweigerlich scheitern werden, wenn wir meinen, Gerechtigkeit auf der Welt herstellen zu können. Derjenige, der dies vermeintlich anstrebt, wird auf jeden Fall nicht als Demokrat, sondern als Diktator in die Geschichte eingehen. Das hat die Vergangenheit mehr als einmal gezeigt. Wir müssen uns also darüber im Klaren sein, dass wir trotz aller Anstrengungen, Gerechtigkeit herzustellen, letztlich scheitern werden. Dies heißt aber nicht, dass wir munter „drauf los sündigen“ können, frei nach dem Motto: „Der Herrgott wird´s schon richten“. Nein, wir müssen uns unserer Unvollkommenheit bewusst sein. Nur wenn wir uns diesen Mangel an Vollkommenheit vor Augen halten, können wir versuchen, Gerechtigkeit umzusetzen.

Dieses Bewusstsein prägt mich als Innenminister besonders. Denn ich bewege mich bei meiner Arbeit ständig zwischen Ethik und praktischer Politik. Darauf werde ich auch häufig in Diskussionen angesprochen, dass das, was ich tue, nicht Gerechtigkeit gestaltet, sondern ein Ausloten in einem großen Spannungsfeld darstellt. Es ist für mich persönlich deshalb sehr wichtig zu wissen, dass ich nicht durch eigene Werke, sondern allein durch den Glauben erlöst werde. Und ich verstehe diese Überzeugung gerade nicht als Ermutigung leichtfertig zu werden, sondern als grundlegende Voraussetzung, damit ich meine schwierige Aufgabe überhaupt erfüllen kann.

Ich möchte mich dem Thema von seinem Rand her nähern und besonderes Augenmerk auf die Gesetzeslücken legen. Das soll am Beispiel der Asylgesetzgebung veranschaulicht werden. Jeder, der damit befasst ist, erlebt – allen voran die Anwälte –, dass die ausländerrechtlichen Verfahren so lange dauern, dass sie per se zu Ungerechtigkeiten führen. Das deckt sich mit einer Anmerkung des Ministerpräsidenten Dr. Stoiber am heutigen Nachmittag in diesem Forum. Er zitierte eine leider nur allzu wahre Bemerkung, die in den neuen Bundesländern oft fällt: „Wir haben den Rechtsstaat, die Gerechtigkeit erwartet, aber letztlich den Rechtsmittelstaat bekommen.“ Genau das ist es, woran wir leiden. Die Folge sind Missverständnisse und abnehmende Akzeptanz in der Bevölkerung. Mein Landesbischof, Dr. Friedrich, sagt mir: „Ihr müsst es doch schaffen, dass ihr in einem halben oder drei Viertel Jahr den Leuten sagen könnt, ob sie bleiben können oder ob sie gehen müssen.“

Und dann wird ein Zuwanderungsrecht entwickelt, – das die Kirchen auch noch als Fortschritt begrüßen – welches in jedem Einzelfall drei neue Instanzen schafft, die die Verfahren auf zwei bis drei Jahre hinauszögern.

Zwei gegensätzliche Dinge werden da miteinander verbunden. Auf der einen Seite sollen schnelle Entscheidungen getroffen werden, auf der anderen Seite werden dieselben Fälle erneut ein zweites, ein drittes, ja ein fünftes Mal aufgerollt. Ich könnte Ihnen hunderte von Fällen zeigen, bei denen zehn Asylfolgeverfahren durchlaufen wurden. Und anschließend wird geklagt: „Seht, wie ungerecht dies ist, das dauert alles zu lang.“ Wir müssen deshalb zusehen, dass wir diese Gerechtigkeitslücken schließen und dass wir in einer dem Rechtsstaat dienenden Weise zu schnelleren Entscheidungen kommen. Es ist nicht angemessen, schwierige Entscheidungen all zu lange hinauszuschieben. Sie werden dadurch nur noch schwieriger. Wir müssen diese Entscheidungen in einer relativ überschaubaren und nachvollziehbaren Zeit treffen.

Manchmal hängt einfach es schon davon ab, an welchem Ort man wohnt, ob man Gerechtigkeitslücken erkennt. Wenn jemand in Nürnberg in Galgenhof wohnt, ist das etwas völlig anderes, als in einem Nobelviertel zu Hause zu sein. Von der gesicherten Warte aus geht man gerne zum Italiener oder Türken essen, hat aber seine Kinder nicht in einer Schulklasse, in der sich 62 % Ausländerkinder und 17 % Aussiedlerkinder befinden und in der nur noch die wenigsten Deutsch ihre Muttersprache nennen können. Können wir solche Bedingungen unserer Bevölkerung guten Gewissens zumuten? Ich bitte um Nachsicht, aber ich glaube, dass es sich meine evangelische Kirche in diesen Fragen zu leicht macht, weil sie sich selbst in geschützten Räumen aufhält. Die Kinder, die z. B. eine Evangelische Bekenntnisschule besuchen können, werden nicht mit den Integrationsproblemen konfrontiert, mit denen andere staatlichen Schulen sich auseinandersetzen müssen. Man muss nur einmal Jubiläumsveranstaltungen von Bekenntnisschulen besuchen, und sofort fällt auf, dass es sich unter soziologischen Gesichtspunkten um eine ziemlich geschlossene Gesellschaft handelt. Wir sprechen von Gerechtigkeitslücken! Ich meine, dass wir als Kirche, aber auch als diejenigen, die sich dem Christentum verpflichtet fühlen, uns vor diesen Problemen nicht drücken dürfen. Auch bei der so genannten Homo-Ehe hätte die Kirche meiner Meinung nach mehr Zeugnis hätten ablegen sollen. Aber nicht, dass ich jetzt falsch verstanden werde! Ich sage dies in aller Deutlichkeit: Wie sich jemand zu Hause verhält, das geht den Staat und die Kirche nichts an, aber wo bleibt der Aufschrei meiner Kirche, wenn 700 Millionen Euro für homosexuelle Partner und lesbische Partnerinnen zur Verfügung gestellt werden, aber dann für die Kindererziehungszeiten kein Geld mehr übrig ist?

Als wichtigen Punkt möchte ich noch einen nicht ungefährlichen Bereich ansprechen, der aber dazu gehört, wenn wir über das Gestalten von Gerechtigkeit sprechen. Aber das ist ja das Großartige unseres Evangelischen Arbeitskreises und unserer evangelischen Kirche, dass wir miteinander um die politischen Probleme und um die richtigen Lösungen ringen können. Wir ringen sogar um theologische Fragen und bekommen diese nicht ex cathedras vorgesetzt. Als Christen tragen wir Verantwortung für die Welt. Wir müssen uns bewusst sein, dass wir in manchen Fragen an einer entscheidenden Wegmarke angekommen sind, an der wir entscheiden müssen, wie wir die Zukunft unseres Landes gestalten wollen. Und es ist meine sehr dezidierte Meinung, dass wir die multikulturelle, ja die multireligiöse Beliebigkeit nicht nebeneinander stellen sollten. Wir müssen uns vielmehr dazu bekennen, dass wir in einem Land leben, das ganz grundlegend vom Christentum, vom Humanismus und der Aufklärung geprägt

ist. Dazu gehört natürlich auch, dass wir dazu stehen müssen, dass in unserem Land jeder glauben kann, was er will, und jeder die Freiheit hat, auch ohne Glauben zu leben.

Christentum, Humanismus und Aufklärung prägen unsere Leitkultur. Wir müssen deutlich machen, dass wir von denjenigen, die in unser Land kommen wollen, verlangen, dass sie sich an diese Gegebenheiten halten. Es geht nicht an, dass unsere freiheitliche Grundordnung und Toleranz bewusst missachtet wird in dem Sinne, dass Muslime meinen, den eigenen islamischen Fundamentalismus ausleben zu können.

Ich möchte noch auf einen letzten Punkt eingehen, der mir wichtig ist: Ich bin meiner Kirche dankbar. Wer mich kennt, weiß, dass ich in meiner Kirche engagiert mitarbeite und aus meiner Kirche lebe. Manchmal leidet meine Kirche unter mir und manchmal leide auch ich unter meiner Kirche. Aber ich sage mit hohem Respekt und mit großer Dankbarkeit, dass sich unsere Kirche für das werdende Leben vorbildlich engagiert. Ohne diesen Einsatz bestünde die Gefahr, dass der Materialismus überhand nimmt und die Menschenwürde verloren geht. Ich danke jeden Tag meinem Herrgott dafür, dass die Kirche in diesen humanitären Bereichen ihr Wort erhebt. Sonst würde womöglich ernsthaft diskutiert, dass wichtige Operationen nur noch bis zum siebzigsten Lebensjahr bezahlt werden. Es kann doch nicht sein, dass wir das Gesundheitssystem entlasten, indem wir den Menschen allein unter Nützlichkeitsabwägungen betrachten. Ich danke meiner Kirche, dass sie so mutig und völlig gegen den Zeitgeist das Wort erhebt. Trotzdem meine ich, dass dieser entschlossene Kampf, den ich mittrage, nicht mit der doch sehr großzügigen Haltung bei der Abtreibung zusammenpasst.

Und selbst wenn ich froh bin, dass wir Evangelischen keinen Papst haben, der uns vorschreibt, was man glauben muss, muss man doch zugeben, dass die katholische Kirche mit ihrer klaren Haltung zum Lebensschutz uns Evangelischen manchmal hilft, auf dieser Linie unsere Gewissen zu schärfen.

Ich würde mir wünschen, dass wir nun anschließend in einem offenen Gespräch diese Fragen vertiefen und freue mich auf eine interessante Diskussion.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.